ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Viele Gründe für Preiserhöhungen - Euro-Bargeldumstellung bleibt Randerscheinung

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2001) : Viele Gründe für Preiserhöhungen - Euro-Bargeldumstellung bleibt Randerscheinung, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 08, Iss. 5, pp. 9-13

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169606

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Viele Gründe für Preiserhöhungen – Euro-Bargeldumstellung bleibt Randerscheinung[1]

Im Jahr 2002 wird das Euro-Bargeld in den 12 Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion und damit auch in Deutschland eingeführt. Vielfach wird befürchtet, dass es im Vorfeld bzw. spätestens bei der Bargeld-Einführung zu „verdeckten Preiserhöhungen" kommt. Dies gelte etwa für das Preisgebaren des Einzelhandels oder auch der öffentlichen Hand.

Für den Einzelhandel wird diese Befürchtung damit begründet, dass auf D-Mark lautende Schwellenpreise nicht automatisch Euro-Schwellenpreise seien.[2] Diese ergeben sich im allgemeinen erst durch entsprechende Zu- oder Abschläge. So führt ein DM-Schwellenpreis von 0,99 bei einem amtlichen Umrechnungskurs von 1,95583 D-Mark je Euro zu einem Euro-Preis von 0,51, der erst nach Absenkung auf 0,49 Euro bzw. durch Anhebung auf 0,55 Euro zu einem neuen Schwellenpreis im Handel wird. Im ersteren Fall wäre der Preis um 3,9 % gesunken, im zweiten Fall aber um 7,8 % gestiegen. Welche neuen Schwellenpreise sich letztlich einstellen, ist derzeit noch offen.

Gegen eine allgemeine „Aufrundung" der Schwellenpreise zuungunsten der Verbraucher spricht zunächst die seit Jahren hohe Wettbewerbsintensität im Einzelhandel. So stiegen bei der letzten Mehrwertsteuererhöhung im Frühjahr 1998, bei der ebenfalls viele Schwellenpreise anzupassen waren, die Verbraucherpreise sogar weniger stark, als es dem rechnerischen Steuereffekt auf das Preisniveau entsprochen hätte.[3] Zudem sind bereits heute in vielen Geschäften die Preise sowohl in D-Mark als auch in Euro ausgezeichnet, was Preistransparenz gewährleistet. Nach einer bundesweiten DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern vom Frühjahr zeichnen immerhin 70 % der Einzelhandelsunternehmen im laufenden Jahr zumindest einen Teil ihres Produktsortiments zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen DM-Preisen auch in Euro-Preisen aus, wobei in den neuen Bundesländern auf Euro lautende Preisangaben weniger verbreitet sind als im Durchschnitt des Bundesgebietes. Letzteres geht auf das Verhalten kleinen Unternehmen zurück. So geben im ostdeutschen Einzelhandel 45 % der kleinen Unternehmen in diesem Jahr die Preise noch ausschließlich in D-Mark an, was in dieser Größenklasse gut 10 Prozentpunkte mehr als im bundesdeutschen Durchschnitt sind. In den anderen Unternehmensgrößenklassen entsprechen die ostdeutschen Meldungen in etwa den Gesamtergebnissen.[4] Gegen die These von den heimlichen Preiserhöhungen spricht, dass sich die Handelsunternehmen auf europäischer Ebene verpflichtet haben, die Umstellung auf den Euro nicht zu versteckten Preiserhöhungen zu nutzen, was allerdings noch keine Garantie ist, dass dies auch unterbleiben wird. Hinzuweisen ist auch darauf, dass sich bei allen Preisen, die aus technischen Gründen – wie z. B. beim Automatengeschäft – nur im Verhältnis zwei zu eins umgestellt werden können, im Gefolge der Euro-Einführung eine Preissenkung von 2,2 % ergibt.

[1] *Erweiterter und aktualisierter Auszug aus der Konjunkturanalyse des ifo Instituts vom 26. Juli 2001, vgl. Leibfritz, W.; Nierhaus, W. und Meister, W. „Wirtschaftsperspektiven 2001/2002 und Entwicklung in Ostdeutschland", Internet: http://www.ifo.de/orcl/owai/kprog-260701-lang.pdf.*

[2] *Schwellenpreise sind Preise, die optisch niedriger wirken, als sie in Wirklichkeit sind.*

[3] *Zum 1. April 1998 ist der Normalsatz der Mehrwertsteuer von 15 % auf 16 % heraufgesetzt worden. Das Statistische Bundesamt hatte den hierdurch ausgelösten Effekt auf die Verbraucherpreise auf 0,5 Prozentpunkte veranschlagt. Tatsächlich erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte vom ersten Quartal zum zweiten Quartal 1998 saisonbereinigt nur um 0,3 %.*

[4] *Knapp 40 % der bundesweit befragten Einzelhandelsunternehmen zeichnen im laufenden Jahr die Preise aller Produkte sowohl in D-Mark als auch in Euro aus, weitere 31 % nehmen für einen Teil ihres Sortiments eine doppelte Preisauszeichnung vor. Beim Kreditgewerbe zeichnen 90 % der befragten Unternehmen ihre Preise und Gebühren zumindest teilweise auch in Euro aus (komplett doppelte Preisauszeichnung: 60 %). Im Versicherungsgewerbe zeichnen rund drei Viertel aller befragten Unternehmen ihre Preise zumindest zum Teil in Euro aus (komplett doppelte Preisauszeichnung: 35 %). Vgl. Europäische Währungsunion vor der Einführung des Euro-Bargelds, Ergebnisse einer DIHT-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern, Deutscher Industrie- und Handelstag, Berlin, Frühjahr 2001, S. 2 ff.*

Nun zu den empirischen Fakten: Seit einigen Wochen untersucht das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Bundesbank genauer die Preisdynamik in Deutschland im Gefolge der Umstellung von DM- auf Euro-Preise.[5] Hierzu werden laufend 18.000 Preisreihen von Produkten des täglichen Bedarfs analysiert, die üblicherweise zu Schwellenpreisen angeboten werden. Die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass der Einzelhandel nur vereinzelt auf neue Euro-Schwellenpreise umgestellt hat. Ein hieraus resultierender signifikanter Einfluss auf die Güterpreisentwicklung konnte bis jetzt nicht nachgewiesen werden. Im ersten Halbjahr 2001 wurden beispielsweise bei knapp 1.000 Nudelprodukten 90 Preisänderungen registriert, lediglich 3 % davon waren euro-induziert. Der Einfluss dieser Preisänderungen auf den Einzelindex Nudeln, der in diesem Zeitraum um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, betrug zwischen 0,1 und 0,2 Prozentpunkten.

Nicht von der Hand zu weisen ist freilich ein anderes – im Zusammenhang mit den hohen Inflationsraten der Monate April bis Juni vorgebrachtes – Argument, vorausschauende Unternehmen hätten bereits in den Frühjahrsmonaten die DM-Preise so kräftig erhöht, dass später selbst bei einer verbraucherfreundlichen Abrundung auf neue Euro-Schwellenpreise immer noch ein Plus in den Kassen verbleibt. Wird beispielsweise für ein Produkt der Preis von 1,59 DM (= 0,81 Euro) auf 1,89 DM (= 0,97 Euro) heraufgesetzt, so kann zum Zeitpunkt der Euro-Bargeldeinführung auf 0,95 Euro oder „besonders großzügig" sogar auf 0,89 Euro abgerundet werden, ohne dass es zu Einbußen bei den Gewinnspannen kommt. Ein derartiges Preisgebaren mag es in den vergangenen Monaten hier und da tatsächlich gegeben haben, allerdings gibt es empirisch keine Möglichkeit, zwischen derartigen „Vorschatteneffekten" der Euro-Umstellung und anderen Gründen für Preiserhöhungen (z. B. Energieverteuerung) zu unterscheiden.

So sind in diesem Frühjahr Milch und Molkereiprodukte (einschließlich Eier) besonders teuer geworden; im August lagen die Preise dieser Gütergruppe um 7,8 % über dem vergleichbaren Vorjahresniveau. Im Januar hatte die Preissteigerungsrate dagegen noch 0,5 % betragen. Nach Verlautbarungen des Milchindustrie-Verbandes sind die Preisanhebungen einmal durch die hohen Milchpreisforderungen der Landwirtschaft verursacht worden. Hinzugekommen sei eine wegen der BSE-Krise deutlich gestiegene Nachfrage nach Molkereiprodukten (Substitution von Wurst durch Käse); außerdem hätten die Auslandsbestellungen nicht zuletzt im Gefolge der Euro-Schwäche deutlich angezogen. Zudem seien Kostensteigerungen der Verpackungslieferanten und des Transport- und Logistikgewerbes weitergegeben worden. Schließlich habe der Handel die in diesem Gütersegment unbefriedigend niedrigen Erlösmargen verbessert.[6] Die Schwellenpreisproblematik im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung dürfte in dieser Gemengelage wohl nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben.

Das ifo Institut führt jedenfalls die im laufenden Jahr auch in Deutschland deutlich gestiegene Kerninflationsrate[7] – diese erhöhte sich von 0,8 % im Jahresdurchschnitt 2000 auf 1,9 % im August 2001 (vgl. Abb. 1) – primär auf die stark gestiegenen Nahrungsmittelpreise im Zusammenhang mit den Tierseuchen BSE und MKS zurück. Der hiervon betroffene Lebensmittelhandel konnte offenbar auf breiter Front die höheren Einstandspreise an die Verbraucher weitergeben. Im August 2001 lag der Preisindex für Nahrungsmittel (ohne Saisonwaren) um 6,3 % über dem vergleichbaren Vorjahresniveau; im Jahresdurchschnitt 2000 war hingegen bei diesem Gütersegment noch ein leichter Preisrückgang zu verzeichnen (vgl. Tab. 1). Hinzu kamen noch weitere Durchwälzungseffekte im Gefolge der Euro-Schwäche und der hohen Energiepreise. So sind die

[5] *Vgl. Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse, 5. September 2001.*

[6] *Dem (europaweiten) Preisauftrieb wird inzwischen seitens der EG-Kommission durch Kürzungen von Beihilfen und Ausfuhrerstattungen entgegengewirkt. Vgl. Milchindustrie-Verband, verschiedene Pressemitteilungen und Kurzmeldungen aus dem Jahr 2001.*

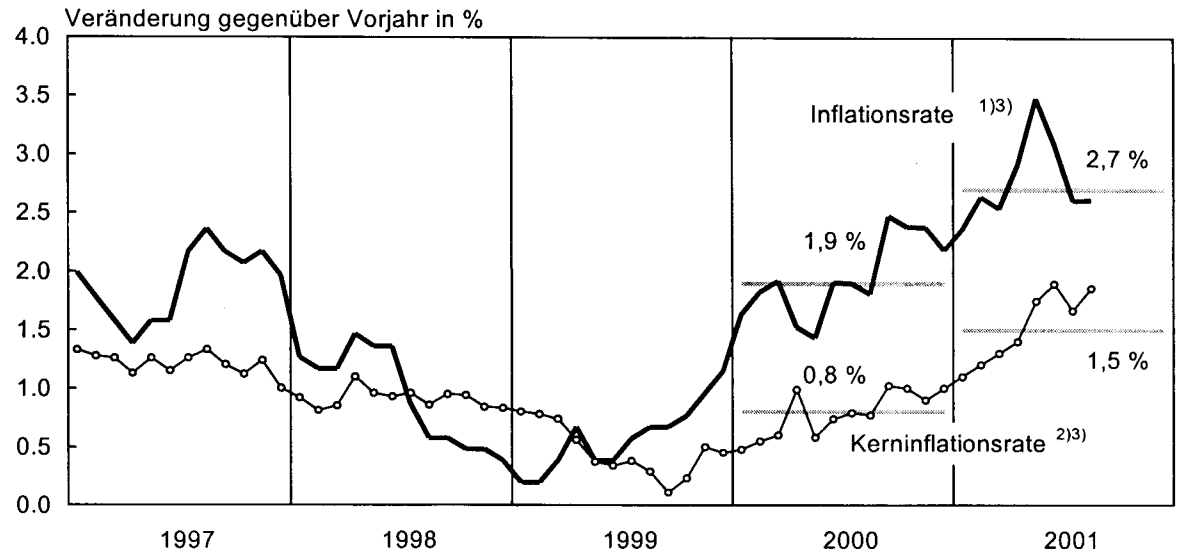
[7] *Die Kerninflationsrate misst in Abgrenzung des ifo Instituts die Veränderung der Lebenshaltungskosten ohne Energieträger, Saisonwaren und Güter mit staatlich administrierten Preisen. Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.*

Einfuhrpreise im vergangenen Jahr immerhin um 11,2 % gestiegen, die Erzeugerpreise erhöhten sich um 3,4 % und die Großhandelsverkaufspreise um 5,5 %. Der außerordentlich starke Preisschub auf den vorgelagerten Stufen ist inzwischen bei den Verbrauchern angelangt; die Gütergruppe „andere Waren und Dienste" verteuerte sich zuletzt um 1,3 % (Jahresdurchschnitt 2000: 0,9 %). Bei den Gütern und Dienstleistungen der übrigen Lebenshaltung (Nicht-Kerninflation), für die im August durchschnittlich 4,5 % mehr als vor einem Jahr aufzuwenden war, schlug insbesondere der starke Preisanstieg bei Saisonwaren (Fisch, Obst und Gemüse), Strom, Gas sowie Fernwärme zu Buche, außerdem erhöhten sich die Beiträge für die private Krankenversicherung und die Kraftfahrzeugsteuer kräftig. Aus welchen Gründen auch immer Verbraucherpreise im bisherigen Jahresverlauf angehoben wurden, es ist jedenfalls aus Sicht des ifo Instituts nicht richtig, dies zu einem beträchtlichen Teil der bevorstehenden Euro-Bargeldeinführung zuzurechnen.

Was das Gebaren der öffentlichen Hand anbetrifft, so sind hier naturgemäß eine Vielzahl von „Signalbeträgen", wie Steuerfreibeträge, Ordnungsgelder, Gebührenordnungen oder Gerichtszugangsgrenzen von normalerweise „glatten" DM-Beträgen auf Euro-Beträge umzustellen. Dies betrifft auch die Gebühren und Preise von kommunalen Dienstleistungen (z. B. Fahrpreise für städtische Verkehrsbetriebe). Die Umstellung kann zum einen mit dem amtlichen Umrechnungsfaktor erfolgen, so dass man auf Euro-Basis neue „krumme" Beträge erhält, zum anderen können sich aber durch Neufestsetzung („Glättung") neue „runde" Euro-Beträge ergeben. Im Bereich der Bundesministerien sind inzwischen dazu sog. Artikelgesetze auf den Weg gebracht worden, welche die Umstellungsmodalitäten im einzelnen

Abb. 1

Inflation und Kerninflation in Deutschland



1) Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte.- 2) Preisindex ohne Saisonwaren, ohne Heizöl, Kraftstoffe und Gas, sowie ohne Güter und Dienstleistungen mit administrierten Preisen.- 3) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr im Jahresdurchschnitt in %; 2001: geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 1

Preisindex für die Lebenshaltung[a)]

	Wägungs-schema	nachrichtlich: Wägungs-schema für Ostdeutschland	1998	1999	2000	2001 August
	in Promille		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
Kerninflation[b)]	**729,32**	**698,00**	**0,9**	**0,5**	**0,8**	**1,9**
darunter:						
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	86,01	95,01	0,5	-1,2	-0,4	6,3
darunter:						
Fleisch, Fleischwaren	29,43	33,98	-0,1	-2,7	0,1	9,2
Molkereiprodukte, Eier	16,81	17,71	-0,1	-1,3	-1,4	7,8
Andere Waren und Dienste	643,31	602,99	1,0	0,7	0,9	1,3
Übrige Lebenshaltung	**270,68**	**302,00**	**1,0**	**0,9**	**5,0**	**4,5**
davon:						
Saisonwaren	27,12	31,99	2,2	-0,7	-0,5	6,2
Fische, Fischwaren	5,19	6,59	4,5	2,6	1,1	6,4
Obst	9,95	11,72	3,0	-3,3	-1,2	9,5
Gemüse	11,98	13,68	0,3	0,0	-0,7	3,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	49,13	50,52	-5,6	6,4	22,9	3,1
Heizöl	5,87	2,84	-17,0	19,5	53,4	-2,1
Kraftstoffe	32,30	33,73	-5,1	7,0	18,9	-0,6
Gas	10,96	13,95	0,1	-2,2	16,3	19,2
Güter mit administrierten Preisen	194,43	219,49	2,5	-0,3	1,2	4,7
darunter:						
Strom	25,84	24,32	1,3	3,9	-4,8	4,6
Umlagen für Fernwärme u.ä.	11,41	19,67	-2,4	-4,7	20,7	23,9
Telefondienstleistungen	18,57	17,34	-1,3	-11,4	-4,9	-3,0
Beiträge zur Krankenversicherung	5,10	1,38	4,4	3,4	4,2	5,9
Kraftfahrzeugsteuer	6,42	6,28	9,1	6,7	2,3	29,1
Lebenshaltung insgesamt	**1000,00**	**1000,00**	**1,0**	**0,6**	**1,9**	**2,6**
davon:[c)]						
Kerninflation	-	-	0,7	0,3	0,6	1,3
Übrige Lebenshaltung	-	-	0,3	0,2	1,4	1,3
Saisonwaren	-	-	0,1	0,0	0,0	0,2
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-	-0,3	0,3	1,2	0,2
Güter mit administrierten Preisen	-	-	0,5	0,0	0,2	0,9

a) Alle privaten Haushalte, 1995 = 100.
b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.
c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Gesamtindex der Lebenshaltung in Prozentpunkten.
Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

regeln. Beispielsweise werden mit dem Gesetz zur Umrechnung und Glättung steuerlicher Euro-Beträge vom 19. Dezember 2000 (Steuer-Euroglättungsgesetz) die in den einzelnen Steuergesetzen und Verordnungen enthaltenen DM-Beträge auf den Euro umgestellt.[8] Die Neufestsetzung erfolgt in wesentlichen Punkten zugunsten des Steuerpflichtigen. Zum Beispiel wurde der bisherige Sparerfreibetrag in Höhe von 3000/6000 DM nicht auf 1533,88/3067,75 Euro umgestellt, sondern auf 1550/3100 Euro. Dies führt zwar nicht zu geringeren Verbraucherpreisen, vermindert aber die Steuerbelastung der Bürger, was auf die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte den gleichen Effekt hat wie eine Preissenkung. In der Summe werden die Steuerzahler durch das Steuer-Euroglättungsgesetz um reichlich 350 Mill. DM im Jahr entlastet.

Auch die Bundesländer haben inzwischen Umstellungsgesetze verabschiedet. Dabei wurde nach dem Grundsatz verfahren, durch eine Mischung von Entlastung und Belastung für den Bürger und die öffentliche Hand eine kostenneutrale Regelung zu schaffen. Das gleiche gilt für das Preisgebaren der kommunalen Verwaltungen. Sofern eine Umstellung im Verhältnis 2:1 gewählt wurde, resultiert für die privaten Haushalte und Unternehmen auch hier eine leichte Entlastung durch die Euro-Einführung in Höhe von 2,2 %.[9]

Als Fazit aus diesen Überlegungen ergibt sich: die bevorstehende Einführung des Euro-Bargelds dürfte bis jetzt zu keinen größeren zusätzlichen Belastungen für die Verbraucherbudgets geführt haben. Wie dargelegt, können die bisher zu verzeichnenden Preissteigerungen recht gut durch andere Faktoren erklärt werden. Der Euro-Umstellung lässt sich – wenn überhaupt – vermutlich nur ein geringer Teil zurechnen. Auch in den nächsten Monaten und Anfang 2002 werden aller Voraussicht nach von der Euro-Einführung keine gravierenden Inflationsimpulse ausgehen. Generelle Aufrundungen der zukünftigen Euro-Preise zu Lasten der Verbraucher, wie etwa bei der Deutschen Bahn vorgesehen[10], dürften angesichts der insgesamt verhaltenen Verbrauchskonjunktur und der im Einzelhandel herrschenden großen Wettbewerbsintensität die Ausnahme sein. Preisaufrundungen und -abrundungen werden sich vielmehr in etwa die Waage halten, bei manchen Unternehmen nicht zuletzt auch aus Marketinggründen.[11] Zudem ist zu berücksichtigen, dass allfällige Umstellungskosten des Handels steuerlich absetzbar sind.

Sofern die Lohnpolitik weiter moderaten Kurs hält und es nicht zu nachhaltig höheren Energie- und Kraftstoffpreisen im Gefolge des Terror-Angriffs auf die USA kommt, dürfte die weitere Entwicklung der gesamten Lebenshaltungskosten in Deutschland selbst unter Berücksichtigung der beabsichtigten Erhöhung der Versicherung- und Tabaksteuer günstig bleiben.[12] Zeitungsberichten zufolge planen die großen deutschen Handelskonzerne nach der Anschlagsserie in den USA aktuell keine Preiserhöhun-

[8] *Vgl. Die Einführung des Euro in Gesetzgebung und öffentlicher Verwaltung, Fünfter Bericht des Arbeitsstabes Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (AS WWU) vom 20. Juni 2001, Internet: http://www.bundesfinanzministerium.de/infos/eurogeld1/5aswwubericht.pdf.*

[9] *Vgl. in diesem Zusammenhang etwa die Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 21/22. 07. 2001: Dank Euro: Falsches Parken wird billiger.*

[10] *Die Gewinne aus der Aufrundung sollen nach Verlautbarungen der Deutschen Bahn AG für einen wohltätigen Zweck bereitgestellt werden. Vgl. Bericht der Süddeutschen Zeitung, Bahn rundet Fahrpreise auf, 16. August 2001.*

[11] *Das Unternehmen C & A plant z. B., die Euro-Umstellung zumindest über das gesamte Warensortiment hinweg nicht zu Preiserhöhungen zu nutzen. Das Einrichtungshaus IKEA senkt sogar in nahezu allen Fällen die Katalog-Preise mit der Währungsumstellung auf den Euro. Vgl. L. Becker, Zwischen heiler D-Mark-Welt und glatten Euro-Beträgen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. August 2001 sowie IKEA Pressemitteilung vom 21. August 2001.*

[12] *Nach den Anschlägen in den USA hat die Bundesregierung kurzfristig ein „Anti-Terror-Paket" beschlossen; sie will im kommenden Jahr 3 Mrd. DM in die Verbesserung der inneren Sicherheit investieren. Finanziert werden soll das Programm durch eine Erhöhung der Versicherungssteuer um einen Prozentpunkt und eine Anhebung der Tabaksteuer um zwei Cent oder knapp vier Pfennig pro Zigarette zum 1. Januar 2002. Das Geld kommt u. a. der Bundeswehr, den Nachrichtendiensten und dem Bundesgrenzschutz zugute. Die Inflationsrate wird sich durch diese Maßnahmen nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Jahresdurchschnitt 2002 um ca. 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte erhöhen. Vgl. Statistisches Bundesamt, Auswirkungen der angekündigten Steuererhöhungen auf den Preisindex für die Lebenshaltung, Mitteilung für die Presse, 20. September 2001.*

gen. Auch preistreibende Hamsterkäufe bei Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern werden zur Zeit nicht beobachtet.[13] Auf jeden Fall werden sich aber hier und da versteckte „Preisbuckel" nach der Einführung des Euro-Bargelds aufgrund der dann erhöhten Preistransparenz im gesamten Euro-Raum rasch zurückbilden.

Abgeschlossen am 24. September 2001

Wolfgang Nierhaus

Der sächsische Arbeitsmarkt im August 2001

Im August beginnt der Herbstaufschwung am Arbeitsmarkt und führt zu einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Diesem normalen Muster folgt dieses Jahr nur Ostdeutschland, in Westdeutschland erhöhte sich dagegen die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat um 1.300 Personen auf 2.446.500 Arbeitslose. In Ostdeutschland wurden mit 1.243.300 Arbeitslosen 11.200 Personen weniger als arbeitslos registriert als im Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies aber immer noch einen Zuwachs. Die Arbeitslosenquote betrug im August 17,1 %.

In Sachsen tendierte die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ähnlich wie in den neuen Ländern insgesamt. Mit 507.484 Personen waren 2.185 Personen weniger als arbeitslos registriert als im Juli. Gegenüber dem August des Vorjahres ist eine Zunahme um rund 1.000 Personen zu verzeichnen. Saisonbereinigt bedeutet diese Entwicklung eine leichte Abnahme der Arbeitslosigkeit (vgl. Abb. 1). In den vorangegangen Monaten war sie unter dem Einfluss des Schuljahresendes etwas gestiegen. Im Trend erhöht sie die Zahl der Arbeitslosen leicht. Diese Tendenz reflektiert auch, dass die Möglichkeiten einer Aufnahme der Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt (ABM, SAM) weniger geworden sind.

In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) waren Ende August 40.332 Männer und Frauen beschäftigt. Dies sind mehr als 20 % weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Beschäftigten, die über die Förderung von Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) in einem Arbeitsverhältnis stehen, ist im Vormonatsvergleich leicht auf 12.325 gestiegen. In beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen befanden sich 32.517 Männer und Frauen. Dies waren über 3 % weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der Kurzarbeiter hat zugenommen und liegt spürbar über Vorjahresniveau. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich im August nochmals erhöht, denn auch in Sachsen waren noch nicht alle Schulabsolventen in der Lage, eine Lehrstelle zu finden. Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt saisonbereinigt ebenfalls weiter an.

Die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Beschäftigten, die nur Dank arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nicht zu den Arbeitssuchenden am ersten Arbeitsmarkt zählen, ist ein Maß für die Unterbeschäftigung insgesamt in einer Region. In Sachsen liegt die Summe aus Arbeitslosen und Beschäftigten im zweiten Arbeitsmarkt in den letzten Monaten um 5–10 Tausend unter dem Vorjahresniveau. Dies ist ein günstiges Ergebnis, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bereits seit geraumer Zeit einen abwärts gerichteten Trend aufweist (vgl. Abb. 2). Besonders deutlich hat die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe abgenommen. Eine ähnliche Entwicklung wie im Bauhauptgewerbe dürfte auch im Ausbaugewerbe zu verzeichnen sein. Der bis zuletzt anhaltende Anstieg der Zahl der Beschäftigten in der Industrie konnte die Beschäftigtenverluste im Baugewerbe nicht ausgleichen. Auch in den Dienst-

[13] *Vgl. hierzu etwa die Meldung der Süddeutschen Zeitung, Handel plant keine höheren Preise, 20. September 2001.*